

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg
Beschluss der 32. Ordentlichen
Landesdelegiertenkonferenz

am Samstag, 2. März 2013

in der Waschhaus Arena, Schiffbauergasse 5, 14467 Potsdam



Hochschullandschaft gemeinsam weiterentwickeln!

Der Landesverband Brandenburg von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt das Volksbegehren „Hochschulen erhalten“, um eine bessere Hochschulpolitik in Brandenburg zu erreichen, alle Beteiligten umfassender einzubinden und die Finanzierung aufzustocken.

Die Landesregierung hat durch den Entscheidungsprozess zur Fusion der Hochschule Lausitz und der BTU Cottbus schweren Schaden angerichtet und damit die Zusammenarbeit von Politik und Hochschulen deutlich erschwert. Sie hat es versäumt, die Akteure der Region in die Debatte angemessen einzubinden, die Debatte zur Zukunft der beiden Lausitzer Hochschulen in eine Gesamtstrategie für die Brandenburger Hochschullandschaft einzubetten und die notwendige Stärkung des Wissenschaftsstandortes Lausitz hervorzuheben.

Mit den VertreterInnen des Volksbegehrens wissen wir uns einig in der Ablehnung der derzeitigen unausgegorenen, mit unwägbareren Risiken behafteten Fusionspläne der Regierung und der Forderung, mit dem Volksbegehren zugleich ein Signal für eine bessere Finanzierung aller Brandenburger Hochschulen zu setzen. Denn das derzeitige Verfahren wird auch dadurch erschwert, dass die Hochschulen in Brandenburg im Bundesvergleich seit Jahren finanziell am schlechtesten ausgestattet sind.

Mit der Unterstützung des Volksbegehrens unterstreichen wir unsere Ablehnung des rot-roten „Gesetzes zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz“.

Wir fordern statt dessen eine sachliche, faire und ergebnisoffene Debatte über die Zukunft der Lausitzer Hochschulen unter Einbeziehung aller Beteiligten in einem angemessenen Zeitrahmen. Denn nur gemeinsam können wirklich tragfähige Handlungsansätze und Lösungsstrategien für die zukünftige Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in der Lausitz wie im gesamten Land Brandenburg erarbeitet werden. Und nur gemeinsam kann über die Wege zur notwendigen Veränderung des Status quo, wie die Neuausrichtung der Hochschulen, vertiefte Kooperationen oder Fusionen, entschieden werden.

Sofern der Beschlusstext des Volksbegehrens zur Abstimmung ins Parlament eingebracht wird, wird die bündnisgrüne Landtagsfraktion daher beantragen, dass die Frage nach zukunftsfähigen Strukturen ergebnisoffen abgewogen werden muss.